



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

07.0814.01

BD/P070814
Basel, 6. Juni 2007

Regierungsratsbeschluss
vom 5. Juni 2007

Ratschlag

**betreffend Rahmenkredit für die Erweiterung von Wasser-
Versorgungsleitungen der Industriellen Werke Basel (IWB) für
die Jahre 2007 bis 2011**

1. Inhaltsverzeichnis

2. Begehren.....	3
3. Ausgangslage und Zielsetzung.....	3
4. Ausbauprojekte.....	3
5. Kostenzusammenstellung	4
6. Gesetzlicher Auftrag.....	4
7. Umwelt und Versorgungssicherheit	5
8. Termine.....	5
9. Stellungnahmen.....	5
510. Antrag.....	5

2. Begehren

Mit diesem Ratschlag beantragen wir Ihnen, für die Erweiterung von Wasser-Versorgungsleitungen zu Lasten des Investitionsbudgets der Industriellen Werke Basel (nachfolgend IWB genannt), Bereich Wasser, einen Rahmenkredit von CHF 3'500'000 (Preisbasis September 2006) verteilt auf die Jahre 2007 bis 2011.

Im Investitionsbudget 2007 der IWB, Bereich Wasser, ist ein Betrag von CHF 500'000 eingestellt.

3. Ausgangslage und Zielsetzung

Im Jahr 1999 wurde erstmals für die Erweiterung der Wasser-Versorgungsleitungen ein Rahmenkredit für die Jahre 1999 bis 2003 (CHF 1,5 Mio.) beantragt. Der Rahmenkredit ermöglicht die notwendige Flexibilität in der Abwicklung von Kundenaufträgen. Dieses Vorgehen ging damals auf eine Anregung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe zurück, welche sich aus Mitgliedern der Finanzverwaltung, des Baudepartements und der IWB zusammensetzte. Im Jahr 2003 wurde ein neuer Rahmenkredit für die Jahre 2004 bis 2008 (CHF 1,5 Mio.) beantragt.

Da sich die Tiefbaukosten infolge der guten Auftragslage beim Baugewerbe stark erhöht haben, sehen wir uns veranlasst, vorzeitig einen neuen Rahmenkredit für die Jahre 2007 bis 2011 zu beantragen. Mit dem vorliegenden Antrag wird der laufende Rahmenkredit vorzeitig für fünf Jahre erneuert.

Mit dem neuen Rahmenkredit sollen unter anderem anstehende Neuerschliessungen (z. B. Erlenmattareal, Überbauung Pro Volta, St. Jakobs-Turm), die grössere Erweiterungen des Wassernetzes mit sich bringen, realisiert werden.

4. Ausbauprojekte

Erweiterungen des Wassernetzes beziehen sich auf die Erschliessung von neuen Überbauungen, Umnutzungen grösserer Areale oder punktuell, aufgrund von spezifischen Kundenbedürfnissen (z. B. Sprinkleranlagen). Diese Neuinvestitionen müssen oft kurzfristig realisiert werden und können nicht oder nur sehr beschränkt im Voraus geplant werden. Vor allem infolge von koordinierten Tiefbauarbeiten auf der Allmend ergeben sich immer wieder kurzfristig ausgelöste Projekte.

Nachfolgend sind einige Projekte aufgeführt, welche zurzeit in Arbeit sind:

- Basel, Birsstrasse
- Basel, Entenweidstrasse Nord
- Basel, Erlenmattareal
- Basel, In den Schorenmatten / Am Bahndamm

- Basel, Rotterdamstrasse
- Basel, Leimgrubenweg
- Riehen, Rauracherwegli

5. Kostenzusammenstellung

In der Periode 2004 bis 2006 beliefen sich die Investitionen auf folgende Summen:

2004	CHF	240'000
2005	CHF	687'000
2006	CHF	480'000

Total CHF 1'407'000

Gesamthaft belief sich der bewilligte Rahmenkredit für die Jahre 2004 bis 2008 auf einen Betrag von CHF 1'500'000. Da der Betrag bereits beinahe ausgeschöpft ist, beantragen wir einen neuen Rahmenkredit für die Jahre 2007 bis 2011.

Aufgrund des Anschlussprojekts Erlenmatt (insgesamt CHF 1'020'000), der grossen Auftragslage, der steigenden Tiefbaukosten und der Erfahrungen aus den letzten beiden Jahren sehen wir uns veranlasst, den Rahmenkredit auf CHF 3'500'000 (Preisbasis September 2006) festzusetzen.

Dieser gliedert sich für die Jahre 2007 bis 2011 wie folgt:

2007	CHF	500'000	(zusätzlich zum Restbetrag von CHF 93'000 aus dem alten Rahmenkredit)
2008	CHF	850'000	
2009	CHF	800'000	
2010	CHF	650'000	
2011	CHF	700'000	

Total CHF 3'500'000

6. Gesetzlicher Auftrag

Die IWB sind gemäss §13 des Gesetzes über die Versorgung des Kantons Basel-Stadt mit Energie und Trinkwasser durch die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) verpflichtet, alle Grundstücke, die nach dem massgebenden Recht zur Überbauung bestimmt sind, an das Trinkwasserversorgungsnetz anzuschliessen.

Die Kosten für die Erweiterung des Versorgungsnetzes gehen gemäss §15 der Verordnung betreffend die Abgabe von Trinkwasser vom 19. September 1989 zu Lasten der IWB-Rechnung, sofern der Ausbau nicht nur im Interesse eines Einzelnen steht.

7. Versorgungssicherheit

Gemäss dem Politikplan (2007 - 2010) sind die IWB verpflichtet, die Versorgung mit Elektrizität, Fernwärme, Erdgas und Trinkwasser ohne wesentliche Ausfälle und Unterkapazitäten sicherzustellen. Mit Hilfe dieses Rahmenkredits kann dies gewährleistet werden.

8. Termine

Die Realisierung der Investitionsprojekte ist stark abhängig von Kundenaufträgen und wird auch durch die Koordination von Arbeiten mit Dritten beeinflusst. Das Termin- und Bauprogramm der Trinkwasserversorgung wird laufend nachgeführt und den Erfordernissen angepasst.

9. Stellungnahmen

Die IWB-Werkkommission hat der Weiterleitung dieses Antrags an den Regierungsrat zugestimmt.

Das Finanzdepartement hat den vorliegenden Ratschlag gemäss §55 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 16. April 1997 geprüft.

10. Antrag

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat die Annahme des nachstehenden Beschlussentwurfes.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber

Beilage

Entwurf Grossratsbeschluss

Grossratsbeschluss

Betreffend Rahmenkredit für die Erweiterung von Wasser-Versorgungsleitungen der Industriellen Werke Basel (IWB) für die Jahre 2007 bis 2011

(vom [Hier Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsicht in den oben stehenden Ratschlag und in den Bericht Nr. [Hier Nummer des GRK-Berichts eingeben] der [Hier GR-Kommission eingeben]-Kommission, beschliesst:

- ://: 1. Für die Erweiterung von Wasser-Versorgungsleitungen zu Lasten des Investitionsbudgets der Industriellen Werke Basel (IWB), Bereich Wasser, wird ein Rahmenkredit von CHF 3'500'000 verteilt auf die Jahre 2007 bis 2011, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.